

Grundsatzpapier - Innere Sicherheit und Justiz stärken

Beschlussvorlage für den Kreisausschuss der CDU Hamburg-Nord am 10.10.2016

1
2
3
4 Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich: Sicherheit ist
5 eine Voraussetzung für Freiheit. Nur wenn äußere und innere Sicherheit
6 gewährleistet sind, ist die Freiheit des einzelnen gesichert.

7
8 Die Einhaltung von Recht und Gesetz, das Gewaltmonopol des Staates, der Schutz
9 des Eigentums und die körperliche Unversehrtheit sind elementare und zu sichernde
10 Grundlagen unseres Zusammenlebens. Die CDU steht für den Kampf gegen
11 Kriminalität und Gewalt, um die Grundrechte aller Bürger zu gewährleisten.

12
13 Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit und den Schutz des Rechtsstaats.
14 Sozial schwache und weniger privilegierte Menschen sind besonders auf einen Staat
15 angewiesen, der allen gleichermaßen Sicherheit garantiert.

16
17 Wir widersprechen der vielfach geäußerten Meinung, dass nur die Gesellschaft für
18 Verbrechen verantwortlich ist, nicht die Täter. Trotz sicherlich vorhandener negativer
19 gesellschaftlicher Einflüsse tragen vor allem die Täter Verantwortung für ihre Taten.

20
21 Die CDU duldet keine rechtsfreien Räume in einzelnen Stadt- oder Ortsteilen.

22
23 Wir stehen hinter unserer Polizei und unserer Justiz. Wir wollen eine leistungsfähige,
24 motivierte und als Autorität anerkannte Polizei. Wir wollen eine leistungsfähige,
25 motivierte und unabhängige Justiz. Die Aufgaben der Polizei und Justiz nehmen
26 stetig zu. Deshalb wollen wir Polizei sowie Justiz gut ausstatten und die Polizei von
27 sachfremden Aufgaben befreien. Die CDU möchte alle rechtlich zulässigen und
28 technischen Instrumente für eine wirksame Verbrechensbekämpfung nutzen und ggf.
29 neu schaffen. Verbrechen darf sich nicht lohnen.

30
31 Folgende Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Sicherheit in Hamburg zu
32 stärken:

- 33 • Bessere Ausstattung der Staatsanwaltschaften und der Polizei, damit
34 Straftäter schnell und beweissicher überführt und verurteilt werden können.
- 35 • Besetzung der 40 derzeit unbesetzten und fremdgenutzten Stellen in der
36 Zivilfahndung: Die Zivilfahndung der Polizei wird von der extrem hohen Anzahl
37 an Einbrüchen schlechthin überrannt. Zur forcierten Bekämpfung der
38 Einbruchskriminalität ist die Stärkung der Polizei unabdingbar.
- 39 • Schutz vor Angriffen im Dienst: Vor allem Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr,
40 Rettungs- und Sanitätsdienste sowie Justizmitarbeiter müssen ihren Aufgaben
41 nachkommen können, ohne dreiste und für die Angreifer folgenlose Übergriffe
42 zu befürchten. Die CDU setzt sich daher für die konsequente Strafverfolgung
43 derartiger Delikte ein.
- 44 • Videoüberwachung ausbauen: Insbesondere an öffentlichen Plätzen und
45 Orten, an denen es signifikant viele Vorfälle von Körperverletzungen und
46 Diebstählen gibt, soll der Einsatz von Videoüberwachung deutlich verstärkt
47 werden.
- 48 • Frühzeitig und umfassend bei gewalttätigen oder sonst straffälligen Kindern
49 und Jugendlichen intervenieren, um kriminelle „Karrieren“ zu verhindern, bevor
50 sie überhaupt beginnen.

Grundsatzpapier - Innere Sicherheit und Justiz stärken

- 51 • Konsequentes Vorgehen gegen organisierte Bettelbanden. Sie stellen eine
52 Belästigung dar und zerstören die Hilfsbereitschaft für die wahrhaft
53 Bedürftigen.
- 54 • Null Toleranz bei Rechtsbruch und Verwahrlosungserscheinungen im
55 öffentlichen Raum.
- 56 • Konzentration der Polizeibeamten auf Kernbereiche polizeilicher Arbeit
57 (Gefahrenabwehr im engeren Sinne und Strafverfolgung). Das heißt, dass
58 konsequent geprüft werden muss, bei welchen Einsatzaufkommen
59 Polizeibeamte notwendig sind oder wo auch andere Sicherheitsbehörden tätig
60 werden können (Angestellte im Polizeidienst, Bundesbehörden). Ferner sollte
61 überprüft werden in welchen Stabsverwendungen in der Polizei und in der
62 Behörde für Inneres und Sport Polizeibeamte notwendig sind, da diese für den
63 Polizeivollzug bzw. für die Strafverfolgung nicht mehr zur Verfügung stehen.

64 65 Politischer Extremismus und Terrorismus

66
67 Die CDU tritt den Gegnern unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung
68 entschieden entgegen. Wir lehnen jede Form von politischem und religiösem
69 Extremismus ab. Dies gilt insbesondere für:

- 70 • Islamismus (z.B. „Islamischer Staat“; „Heiliger Krieg“, Salafismus)
- 71 • Ausländerextremismus (z.B. national-islamistisch geprägte türkische
72 Organisationen)
- 73 • Linksextremismus (z.B. Autonome, „Anti-Faschisten“)
- 74 • Rechtsextremismus (z.B. NPD)

75 Nur ein funktionierender demokratischer Rechtsstaat kann den inneren Frieden und
76 die Freiheit unserer Bürger schützen. Die CDU verteidigt daher die freiheitlich-
77 demokratische Grundordnung.

78
79 Linksextremismus wird leider von weiten Teilen der Gesellschaft verharmlost.
80 Linksextremistische Strukturen dürfen nicht länger toleriert oder gar finanziell durch
81 Steuergelder unterstützt werden.

82
83 Der Verfassungsschutz ist unverzichtbar, um wehrhaft gegen die Gegner unserer
84 freiheitlich demokratischen Grundordnung vorzugehen. Wir wollen das Landesamt für
85 Verfassungsschutz personell verstärken.

86 87 Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

88
89 Politisch Verfolgten schützenden Aufenthalt zu gewähren, ist nicht nur Grund-,
90 sondern Menschenrecht. Der Schutz des Staates darf aber nur denjenigen
91 zugutekommen, die wirklich darauf angewiesen und vom Staat als Flüchtlinge und
92 Asylbewerber anerkannt sind.

93
94 Oberstes Ziel ist die Bekämpfung von Fluchtursachen. Hier unterstützen wir die
95 Initiativen der Bundesregierung und ihrer Partner, die zu einem friedlichen
96 Zusammenleben in den Krisenregionen beitragen sollen.

97
98
99 Die humanitäre Versorgung in Krisengebieten muss verbessert werden. Der Verbleib
100 von Flüchtlingen in sicheren Gebieten innerhalb ihrer Heimatländer oder in Staaten
101 desselben Kulturkreises verringert Integrationskonflikte und bietet die Chance auf

Grundsatzpapier - Innere Sicherheit und Justiz stärken

102 eine zügige Rückkehr nach Ende der Konflikte. Die Bundesrepublik Deutschland
103 kann nicht allen Menschen der Welt Aussicht auf Zuflucht geben. Das Ziel muss sein,
104 dass Opfer von Krieg und Gewalt die gefährliche Flucht, oft von kriminellen
105 Schlepperbanden mit falschen Verheißungen organisiert, nicht antreten. Dazu wollen
106 wir ihnen primär vor Ort und in heimatnahen Flüchtlingslagern helfen. Krisenhilfe vor
107 Ort ist effizienter und preiswerter als eine Versorgung in Deutschland. Ökonomien
108 der Herkunftsländer können so stabilisiert werden.
109

110 Grenzen müssen gesichert werden. Einer der grundlegenden Wesenszüge von
111 Staatlichkeit ist die Sicherung der Grenzen. Eine unkontrollierte Ein- und Ausreise
112 von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist daher abzulehnen. Die geltende Rechtslage
113 muss konsequent durchgesetzt werden.
114

115 Der funktionierende Schutz der EU-Außengrenzen ist eine gesamteuropäische
116 Herausforderung. Die CDU unterstützt alle Initiativen zum Ausbau eines
117 funktionierenden Schutzes der EU-Außengrenzen, auch unter Einsatz von
118 Polizeivollzugskräften des Bundes. Solange dies nicht gewährleistet ist, müssen an
119 den betroffenen Grenzen Deutschlands entlang möglicher Flüchtlingsrouten
120 Kontrollen fortgeführt und ggf. intensiviert werden. Denn wir müssen wissen, wer zu
121 uns kommt. Asylsuchende, die ohne Papiere einreisen wollen, sollen warten, bis ihre
122 Identität festgestellt ist. Wer an der Identitätsfeststellung nicht mitwirkt, darf keinen
123 Aufenthaltsstatus bekommen. Die europäischen Regeln, wie z.B. das Dublin-
124 Abkommen, sind anzuwenden.
125

126 Der Bund muss seine Entwicklungszusammenarbeit mit denjenigen Staaten, die
127 keine Rückreisepapiere für ausreisepflichtige Ausländer ausstellen, einstellen. Diese
128 Länder dürfen keine Gelder erhalten. Nur auf diese Weise kann die
129 Identitätsfeststellung und Durchsetzung der Ausreisepflicht derjenigen Ausländer
130 sichergestellt werden, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben.
131

132 Einwanderungs- und Asylpolitik sind unterschiedliche Felder. Bei Einwanderern ist es
133 Pflicht des deutschen Staates, seine Interessen geltend zu machen und bei Bedarf
134 auch Obergrenzen festzulegen. Einwanderung muss sich für Deutschland lohnen.
135

136 Aktuelle Debatten zur Vollverschleierung im öffentlichen Raum und Kinderehen

137

138 Die CDU lehnt eine Vollverschleierung in öffentlichen und staatlichen Gebäuden
139 sowie Bildungsbereichen kategorisch ab (siehe „Berliner Erklärung“ vom
140 19.08.2016). Vermummung passt nicht in unsere Gesellschaft, da sie Zeichen von
141 Unterdrückung und Geringschätzung der Frau ausdrückt. Die Vollverschleierung ist
142 Ausdruck mangelnder Gleichberechtigung und widerspricht unserer freiheitlich-
143 demokratischen Grundordnung. Die Gesetzgebung ist entsprechend anzupassen.
144

145 Die CDU lehnt sogenannte Kinderehen, bei denen meist die Ehepartnerin
146 minderjährig ist, ab. Sie fordert einen wirksamen Schutz der Rechte der Kinder. Die
147 CDU unterstützt alle Bemühungen, diesen Schutz zu gewährleisten. Dies gilt
148 insbesondere auch bei der operativen Umsetzung vor Ort durch entsprechende
149 personelle und finanzielle Ausstattung der Gerichte, Jugendämter und weiteren
150 beteiligten Institutionen.
151

152 Antragsteller:

153 Stefan Baumann, OV Barmbek
154 Stefan Bohlen, OV Eppendorf/Hoheluft-Ost

Grundsatzpapier - Innere Sicherheit und Justiz stärken

- 155 Thomas Bösenberg, OV Uhlenhorst/Hohenfelde
- 156 Christine Brüggemann, OV Eppendorf/Hohelust-Ost
- 157 Matthias Busold, OV Groß Borstel
- 158 Kai Debus, OV Alsterdorf
- 159 Kubilay Falkenberg, OV Winterhude
- 160 Dr. Antonia Goldner, OV Eppendorf/Hoheluft-Ost
- 161 Melanie Herfort, stv. Kreisvorsitzende
- 162 Friederike Höher, OV Eppendorf/Hoheluft-Ost
- 163 Dr. Manfred Jäger, OV Alsterdorf
- 164 Dr. Freya Gräfin Kerssenbrock, OV Winterhude
- 165 Martin Köppen, OV Eppendorf/Hoheluft-Ost
- 166 Sabastian Kothanikkel, OV Fuhlsbüttel/Ohlsdorf/Klein Borstel
- 167 Matthias C. Lischke, OV Uhlenhorst/Hohenfelde
- 168 Tobias Lücke, OV Fuhlsbüttel/Ohlsdorf/Klein Borstel
- 169 Nizar Müller, OV Langenhorn
- 170 Marco Paetow, OV Langenhorn
- 171 Christoph Ploß, Kreisvorsitzender
- 172 Christoph Schaefers, OV Winterhude
- 173 Dr. Andreas Schott, OV Groß Borstel
- 174 Richard Seelmaecker, stv. Kreisvorsitzender
- 175 Laura Stoll, OV Langenhorn
- 176 Marcus Tandecki, OV Winterhude
- 177 Peter Urban, OV Winterhude
- 178 Dietrich Wersich, OV Eppendorf/Hoheluft-Ost